

Kluge Politik statt Alternativloses Klartext von Dr. Thomas Lindner

Der VDMA ist ein äußerst agiler Interessensverband der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer. Rund 3100 Mitgliedsunternehmen werden von ihm vertreten. Nicht zuletzt erfolgreiche Aktionen in Sachen Produktpiraterie oder die Kampagne ›Blue-Competence‹ bestätigen die Schlagkraft und die Reichweite des Verbands. Im Oktober 2010 wurde, als Nachfolger von Dr. Manfred Wittenstein, Dr. Thomas Lindner zum neuen Präsidenten des Verbands gewählt.

Sehr geehrter Herr Dr. Lindner, Sie sind nun knapp zwei Jahre Präsident des VDMA und stehen einem Verband vor, dessen Wort Gewicht hat. Sie betrachten sich als zur letzten Unternehmergeneration gehörend, der Englisch als Fremdsprache reicht. Welche Sprachen sollten künftige Unternehmer noch beherrschen?

Dr. Lindner: Die Antwort liegt meines Erachtens auf der Hand: Chinesisch! China ist bereits heute eine der wichtigsten und größten Wirtschaftsnationen der Welt. Der Einfluss Chinas auf die globalen Märkte wird künftig weiter und stetig wachsen. Neben Sprachkenntnissen sind meines Erachtens aber vor allem auch interkulturelle Kompetenzen gefragt. Es reicht nicht, Chinesen nur rein sprachlich zu verstehen, sondern es geht vor allem darum, Chinesen und die chinesische Art und Weise zu denken, zu handeln und zu fühlen wirklich zu begreifen.

Das Jahr ist fast vorbei. Bisher haben deutsche Unternehmen gute Monate gesehen. Wird es so weitergehen?

Dr. Lindner: Wir sind in der Tat gut, viel besser als erwartet, ins Jahr 2012 gestartet. Aber der Schwung lässt nach. Zudem verzögern die schleppende Erholung in China und Indien sowie die Unsicherheiten im Euro-Raum den

weltwirtschaftlichen Expansionsprozess. Für das laufende Jahr rechnen wir deshalb mit einer Maschinen-Produktion auf dem Niveau des Jahres 2011.

Spanien, Italien und Griechenland, drei Länder mit Gewicht in Europa, kämpfen mit ihren Schulden. Wie schätzen Sie die Gefahren für den Euro und den Export ein?

Dr. Lindner: Die Lage ist ernst. Schon jetzt können wir die Folgen der Schulden- und Eurokrise in unseren Exporten ablesen. Ein Scheitern des Euro hätte nicht nur für den sehr exportorientierten Maschinen- und Anlagenbau unabsehbare Folgen. Hier ist kluge Politik gefragt.

Halten Sie es für richtig, Banken, die sich übernommen haben, zu retten? Wäre



Dr. Thomas Lindner ist seit 1984 persönlich haftender und geschäftsführender Gesellschafter der Groz-Beckert KG und wurde im Oktober 2010 Präsident des VDMA. Daneben hat er noch zahlreiche weitere Mandate inne. Dazu zählen: Vizepräsident des BDI, Vizepräsident der IHK Reutlingen und Mitglied im Aufsichtsrat der Drägerwerke, Lübeck.

es nicht sinnvoller, diese zusammenbrechen zu lassen, um so die Geld-Zockerei zurückzudrängen und darüber hinaus Mittel zu haben, um die Realwirtschaft anzukurbeln?

Dr. Lindner: Grundsätzlich sollten insolvente Banken schließen müssen. Aber die weltweit unkontrollierbaren Kettenreaktionen nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers haben gezeigt, dass ein Banken-Crash brandgefährlich sein kann, solange die Bankenregulierung unzureichend ist. Und letzteres ist leider immer noch der Fall. Die Politik wird als Feuerwehr leider weiterhin gebraucht. Klare Kontrollen in ganz Europa für die Banken sind notwendig.

Es werden gerade Weichenstellungen vorgenommen mit dem Ziel, eine Fiskal- und gar eine politische Union der EU zu erreichen. Begründet wird dies mit der Bekämpfung der momentanen Banken- und Wirtschaftskrise. Halten Sie diesen Weg für wünschenswert und legal?

Dr. Lindner: Ja. Den Euro kann es auf Dauer nur als Währung eines homogenen und stabilen politischen Raums geben. Für seine Zukunft sind deshalb entschlossene Schritte hin zu einer weiteren politischen Vertiefung der Europäischen Union ohne Alternative.

Sollte für diesen Schritt eine Volksabstimmung stattfinden?

Dr. Lindner: Die Bürgerinnen und Bürger müssen hinter einer solchen weitreichenden Maßnahme stehen. Ich bin aber etwas zögerlich, ob es hierzu in Deutschland einer Volksabstimmung bedarf, denn in einer parlamentarischen Demokratie entscheidet zuvorderst das

Parlament. Letztendlich ist jedoch maßgebend, was das Bundesverfassungsgericht uns hierzu mit seiner Beurteilung der Verfassungslage vorgibt.

Wir haben in der BRD 2,8 Millionen Arbeitslose und doch Facharbeitermangel. Was läuft falsch?

Dr. Lindner: Wir haben häufig das Problem, dass der regionale Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften und das existierende Angebot nicht zusammenpassen. Denken Sie zum Beispiel an die Arbeitslosenquote von unter vier Prozent in Baden-Württemberg und in Berlin von 12 Prozent. Ein noch größeres Problem ist das qualifikatorische Ungleichgewicht: Die berufsspezifische Arbeitslosenquote für Maschinenbauer und Industriemechaniker pendelt seit fünf Jahren bei circa vier Prozent. Dagegen ist jeder dritte Hausmeister arbeitslos.

Seit längerer Zeit beklagen Unternehmen die nachlassende Ausbildungsreife eines großen Teils der Schulabgänger. Sehen Sie das auch so?

Dr. Lindner: Ein Klagen hilft uns nicht weiter. Politik und Industrie müssen sich in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gegen den aufziehenden Engpass an hochqualifizierten Fachkräften stemmen und ungenutzte Potentiale im Inland heben. Viele unserer Mitglieder engagieren sich bereits in dieser Richtung: Ein gutes Mittel sind frühe Kooperationen zwischen Schule und Unternehmen.

Versagt hier nicht auch die Politik, die zu wenig Lehrer einstellt, um ausfallenden Unterricht zu vermeiden?

Dr. Lindner: Die Politik wäre gut beraten, trotz sinkender

Schülerzahlen in den nächsten Jahren unterproportional Lehrerstellen abzubauen. Vielmehr sollten die Klassen verkleinert werden. So könnte man die Qualität der Schulbildung spürbar verbessern und die Chancen Schwächerer erhöhen.

Die Qualifizierung verlagert sich viel zu oft in die Betriebe, die versäumtes Schulwissen ausgleichen müssen. Die Politik erhofft sich eine Besserung, wenn Schulen, wie die Hauptschule, abgeschafft und mit der Realschule zusammengelegt werden. Ist dieser Weg klug oder eher fatal für Handwerk, Industrie und Schüler?

Dr. Lindner: Man kann schon den Eindruck gewinnen, dass es das oberste Ziel nach jeder Landtagswahl ist, das Schulsystem auf den Kopf zu stellen, quasi als Beweis für Innovationsorientierung und Modernität. Ich halte diese Input-Orientierung der Politik für falsch und empfehle stärker auf den Output des Schulsystems zu achten. Wir sollten uns lieber mit der Frage beschäftigen, ob Schule heute adäquat auf das Berufsleben vorbereiten kann. In unseren Lehrplänen fehlt technischer Unterricht und eine ordentliche Berufsvorbereitung. Dafür kann man weder Schüler noch Lehrer verantwortlich machen, hier ist die Politik gefragt, Lehrpläne wieder stärker an den praktischen Lebenswirklichkeiten zu orientieren.

Aus der Politik kommt der Vorschlag, spanische Jugendliche auszubilden, um die dortige Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Dr. Lindner: Die Attraktivität der beruflichen Ausbildung in Deutschland strahlt weit über Deutschlands Grenzen hinaus und wird unter an-

Cool Flash: Optimale Kühlung bis an die Schneide



18.-22.9.2012, Stuttgart
Besuchen Sie uns in Halle 1, Stand C59



Kühlschlitze leiten das Kühlmittel bis an die oberste Schneidecke des Werkzeugs.

HAIMER Cool Flash

Handhabung _____ einfach und sicher
Anwendungsvorteil _____ ohne Störkontur
Kühlbereich an der Schneide _____ 100 %
Werkzeugstandzeit _____ maximiert
Spanabfuhr _____ optimiert
Drehzahl _____ für High Speed Cutting (HSC)
Einsatzbereich _____ für alle Anwendungsbereiche
Durchmesserbereich _____ ab 3 mm
Livevorführung **AMB Halle 1, Stand C59**

HAIMER
Qualität gewinnt.

Werkzeugaufnahmen
Schrumpftechnik
Auswuchttechnik
Messgeräte
Tool Management

derem mit der geringen Jugendarbeitslosigkeit in Verbindung gebracht. Hierfür sind nicht zuletzt unsere Unternehmen verantwortlich, die sich stark engagieren. Mit Sicherheit stehen auch Bewerbern aus Spanien bei geeigneten Voraussetzungen Ausbildungsplätze offen.

Die Energiewende ist für viele Unternehmen mittlerweile zum Risiko geworden. Sehen Sie Handlungsbedarf?

Dr. Lindner: Die Energiewende birgt Chancen und Risiken. Sie ist ein Investitionsprogramm für den Maschinen- und Anlagenbau, Treiber für Innovationen und unsere Vorreiterrolle sichert Chancen auf Wachstumsmärkten. Richtig ist auch, dass wir vor enormen Herausforderungen stehen. Das kann beim weltweit in dem Tempo einzigartigen kompletten Umbau des Energiesystems auch nicht anders sein. Wir müssen durch eine bessere Synchronisation des Ausbaus erneuerbarer Energien und der Netze für Systemstabilität und Versorgungssicherheit sorgen. Wir benötigen ein neues Strommarktdesign und Rahmenbedingungen für den Bau fossiler Kraftwerke und müssen erneuerbare Energien in den Markt integrieren. Und wir müssen Wege finden, die energieintensiven Industrien, deren Wettbewerbsfähigkeit durch steigende Strompreise gefährdet ist, hier zu sichern, um die gesamte Wertschöpfungskette in Deutschland zu halten.

Wenn der Strompreis weiter steigt, wird die Produktion in Deutschland zu teuer, zudem können sich immer weniger Menschen den Strom leisten, wodurch der Inlandskonsum zurückgeht. Was ist zu tun?

Dr. Lindner: Die Energiekosten sind einer von mehreren



Faktoren, wenn es um die Bewertung des Produktionsstandorts Deutschland geht. Was uns auszeichnet, sind hochqualifizierte Fachkräfte und unsere Innovationsstärke, die uns in vielen Bereichen zu Weltmarktführern machen. Aber: Der Umbau des Energiesystems kostet und die mittelfristig entstehenden Mehrkosten müssen getragen werden – von allen. Die Aufgabe, vor der wir stehen, lautet: erstens Mehrkosten durch ein koordiniertes Vorgehen von Politik auf Bundes- und Länderebene, Industrie und allen Beteiligten so gering wie möglich zu halten und zweitens entstehende Strompreissteigerungen, wo möglich, durch Verbesserung der Effizienz abzufedern. In Industrie und Haushalten gibt es weitere große Potenziale, die erschlossen werden müssen. Auch der neue Bundesumweltminister Herr Altmaier betont neuerdings die Be-

zahlbarkeit von Energie. Wir sollten darauf achten, dass das magische Zieldreieck der Energiewende: Versorgungssicherheit, Umweltfreundlichkeit und Bezahlbarkeit wieder gleichgewichtige Ziele bekommt.

Halten Sie die CO₂-Abgabe für sinnvoll oder ist dies ein für die Wirtschaft gefährliches Instrument?

Dr. Lindner: Der Emissionshandel ist grundsätzlich ein sinnvolles Instrument. Über das System handelbarer Zertifikate mit einem festen Cap wird sichergestellt, dass ökologische Ziele erreicht werden – und zwar auf dem ökonomischsten Weg. Die Gefahr, die aktuell von dem System ausgeht, halte ich für eher überschaubar. Was wir allerdings schon jetzt benötigen, ist eine frühzeitige Festlegung der Parameter für den Emissionshandel für die Zeit nach 2020 – und zwar nach

Möglichkeit eingebettet in ein überregionales System. Ersteres schafft Planungssicherheit und zweiteres bannt die Gefahr von Produktionsverlagerungen an Standorte ohne ein solches Handelssystem.

Wie sich zeigt, funktioniert heute der Wettbewerb unter den Benzinmultis nicht mehr. Was für eine Art Mobilitäts- beziehungsweise Antriebsmix ist aus Ihrer Sicht sinnvoll, um den Wettbewerb unter künftigen, neuen Energieanbietern aufrechtzuerhalten, damit Mobilität nicht zu einem Luxusgut wird?

Dr. Lindner: Der Trend zur Hybridisierung der Antriebstechnik im Automobilsektor und EU-Vorgaben zur Emissionsreduktion bei Fahrzeugflotten werden zu einem Rückgang des Kraftstoffverbrauchs führen. Langfristig unterstützt

auch die Elektromobilität diese notwendige Ressourcenschonung. Der Umsatz fossiler Kraftstoffe für den Individualverkehr geht künftig also eher zurück. Es ist erstaunlich, dass beispielsweise der zunehmende Absatz von Hybridfahrzeugen in Japan das Tankstellennetz dort derzeit bereits ausdünnen lässt. Eine zunehmende Elektrifizierung bringt neue Energieanbieter ins Spiel und erfordert entsprechend angepasste Geschäftsmodelle. Die Vermarktung von Strom als Energiequelle wird dabei voraussichtlich mit Mobilitätsangeboten über Car Sharing und Leasingmodelle verknüpft. Als Beitrag zur Energiewende sind diese Ansätze zu unterstützen. Langfristig rückläufige Steuereinnahmen für fossile Energieträger dürfen daher nicht über Strompreiserhöhungen kompensiert werden.

Auch die moderne Kommunikation birgt Gefahren. Ist es eine gute Entscheidung, die Betriebs-EDV in die Cloud auszulagern. ?

Wir können noch keinen Trend feststellen, die komplette Unternehmens-IT in die Cloud auszulagern. Unsere Mitgliedsfirmen sind eher in der Evaluationsphase, um potentielle Einsatzfelder für Cloud-Computing zu identifizieren. Man kann auch nicht von guter oder schlechter Entscheidung sprechen. Es geht vielmehr darum, nicht schwarz-weiß zu denken, sondern für das eigene Unternehmen die technologisch weiterführenden und wirtschaftlich sinnvollen Lösungsansätze zu finden und diese dann konsequent umzusetzen.

Was raten Sie den Unternehmen, die sich trotz aller Gefahren entscheiden, die Cloud zu nutzen? Welche Daten sollten keinesfalls hoch-

geladen und welche Dienste keinesfalls genutzt werden?

Clouds sind nicht gefährlicher als eigene, unzureichend abgesicherte IT-Systeme. Eine 100%ige Sicherheit kann sowieso nicht gewährleistet werden. Umso wichtiger

ist der verantwortungsvolle Umgang mit geschäftskritischen Daten, also dem Know-how des Unternehmens. Neben der Identifikation des zu schützenden Know-how und klarer Sicherheitsrichtlinien gilt es, die Mitarbeiter noch stärker einzubeziehen und

über mögliche Sicherheitsrisiken aufzuklären.

Herr Dr. Lindner, ,
danke für das Interview.



vdma.org

AMB STUTT GART

18.-22.09.2012 | Halle 1 | Stand 1G12

Treffen Sie Jens Lehmann am 19.09.!



Das erste Hydro-Dehnspannfutter, das Drehmomente bis 2000 Nm überträgt

TENDO E compact, Werkzeughalter von SCHUNK



Der erste Torwart mit „Spickzettel“ im richtigen Moment

Jens Lehmann, deutsche Torwartlegende

Claus Aichert, Produktion Dehntechnische Lösungen,
Meisterbereich Weichbearbeitung

Superior Clamping and Gripping

SCHUNK®